

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1877**

14.4.1877 (No. 88)



# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 14. April.

Nr. 88.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Einrückungsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1877.

## Ämtlicher Theil.

Seine Majestät der Kaiser und König haben mittelst Allerhöchster Kabinetts-Ordres vom 20. März bezw. 3. April d. J. Folgendes Allergnädigst zu bestimmen geruht:  
Der Rittmeister Becker, Kompanie-Chef im Badischen Train-Bataillon Nr. 14 wird zum hannoverschen Train-Bataillon Nr. 10 und der Premierlieutenant Herrmann vom 2. Leib-Husaren-Regiment Nr. 2 zum Badischen Train-Bataillon Nr. 14, sowie der Hauptmann v. Klübing vom Generalstabe des 14. Armee-corps zum Generalstabe der 8. Division und dagegen der Hauptmann v. Krosigk vom großen Generalstabe zum Generalstabe des 14. Armee-corps veretzt.

Der Premierlieutenant v. Prigelwitz vom Badischen Train-Bataillon Nr. 14 wird zum Rittmeister und Kompanie-Chef befördert.

## Nicht-Ämtlicher Theil.

### Telegramme.

† Neapel, 12. April. Der ganze Haufe von bewaffneten Angehörigen der Internationale im Gebiete von Cetina ist eingezwungen worden.

† Kopenhagen, 12. April. Der König unterzeichnete das vom gesammten Ministerium kontrahirte, auf Artikel 25 der Verfassung gestützte Gesetz über Bewilligung der Einnahmen und Ausgaben bis dahin, wo das Finanzbudget für das Finanzjahr vom 1. April 1877 bis 31. März 1878 erschienen sein werde. Das Gesetz wird damit motivirt, daß die Kammern sich über das Budget nicht geeinigt haben, und durch die Rücksichten auf das gemeine Wohl. Die Hauptsumme und die einzelnen Posten des Ausgabeetat dürfen die dem Reichstage gemachte Budgetvorlage nicht überschreiten.

† St. Petersburg, 12. Apr. Das Zirkular der Pforte auf das „Protokoll“ ist heute Vormittag dem Kabinete zugestellt worden. Dasselbe lehnt der „Agence Russe“ zufolge kategorisch die Forderungen der Mächte ab und macht weiteren Diskussionen ein Ende.

† New-York, 12. Apr. Meldungen aus Havanna zufolge erhielt Jovellar von Madrid Instruktionen, von Zwangsmaßnahmen gegen jene Deutsche, welche die Zahlung der außerordentlichen Kriegskontribution verweigern, abzuweichen.

### Deutschland.

Karlsruhe, 13. April. Gestern wurde in einem Saale des Markgräflichen Palais die Taufe des neugeborenen Sohnes Sr. Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Karl von dem Oberhofprediger Doll vollzogen. Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin, Sr. Großherzogliche Hoheit der Markgräfin, sowie sämtliche sich hier aufhaltende Mitglieder der Großherzoglichen Familie wohnten der feierlichen Handlung an. Als Paten des Kindes waren der Großherzog und Markgräfin anwesend; Seine Königliche Hoheit hielt dasselbe über die Taufe, wobei es die Namen Friedrich, Maximilian, Alexander erhalten hat. Nachmittags halb ein Uhr hat der Großherzog den Dr. Josef Viktor von Scheffel, den Maler Göb und Photographen Schöber empfangen, um von denselben das Gedenkblatt entgegen zu nehmen, welches sie Seiner Königlichen Hoheit zur Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums gewidmet haben.

Berlin, 10. Apr. Der Antrag Löwe, welcher eine Wiederherstellung des am 1. Jan. d. J. weggefallenen Eisenzolles im Betrag von 75 Pf. pro Zentner bezweckt, jedoch mit der Maßgabe, daß die zur Herstellung von Lokomobilen und landwirtschaftlichen Maschinen erforderlichen Materialien und Maschinenteile zollfrei aus dem Auslande bezogen werden dürfen, ist Gegenstand der Beratung im preuß. Staatsministerium gewesen. Dasselbe hat beschlossen, ihn aus eigener Initiative im Bundesrathe einzubringen. Auch im Bundesrathe soll die Angelegenheit bereits behandelt sein und der Bismarck'sche Antrag im Prinzip Zustimmung gefunden haben. Wenn die preußische Regierung oder der Bundesrathe den Eingangszoll von 75 Pf. auf bestimmte Eisenfabrikate überhaupt acceptiren wollten, so war es allerdings der Stellung der Regierungen entsprechender, diesen Antrag nicht aus dem Reichstage kommen zu lassen, sondern ihn selbst einzubringen; denn jede Regierung soll Initiative haben und sich in wichtigen Fragen nicht fähig lassen, sondern die Führung selbst übernehmen. Aber im vorliegenden Falle ist dies keineswegs geschehen; man hat vielmehr abgewartet, bis jener Antrag aus der Mitte des Reichstages gestellt wurde, und mit Recht ist diese Haltung der Regierungen dahin aufgefaßt worden, als ob dieselben den Antrag bekämpften. Unter diesen Umständen

mußte die Nachricht von der oben erwähnten Entschließung der preuß. Regierung einigermassen überraschend kommen. — Uebrigens hat s. Z. der Abg. Stumm zu dem Löwe'schen Antrage ein Amendement gestellt, nach welchem der Bestimmung: „Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. Mai 1877 in Wirksamkeit“ hinzugefügt werden soll: „Dasselbe wird durch kaiserl. Verordnung außer Kraft gesetzt, sobald die in andern Ländern bestehende Begünstigung der Ausfuhr durch thatsächliche Ausfuhrprämien in Wegfall gekommen sein wird.“ Wir sind nicht völlig unterrichtet darüber, ob in dem im Bundesrathe zu erwartenden Gesetzentwurfe dies Amendement mit aufgenommen wird. In diesem Falle würde der Entwurf die vorjährige Retorsionsvorlage unter Beschränkung derselben auf Eisen im Prinzip wiederholen.

W. Berlin, 12. April. (Reichstag. 19. Sitzung.)

1/2 Uhr. Am Tische des Bundesrats: Camphausen, Hofmann, Baron v. Perglas, General-Postmeister Stephan, Geh. Rath Dr. Michaelis u. A.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Beratung des Reichshaushalts-Etats pro 1877/78.

Bei den Einnahmen aus der Reichspost- und Telegraphenverwaltung fragt Abg. Schombart an, wie weit die Anpassung der Reichspost- und Telegraphen-Einnahmen an die Markveränderung geübt sei. — Der Regierungskommissar erwidert, daß diese Frage große Schwierigkeiten biete, daß eine entgeltliche Erhebung derselben aber fortwährend im Auge behalten werde.

Bei der Einnahme der Post- und Telegraphenverwaltung weist Abg. Schröder (Freiburg) auf den vorjährigen Beschluß des Reichstages in Betreff der Ermäßigung der Telegraphengebühren für die erste Zone hin und fragt darüber, daß aus dem Etat die Höhe der Einnahme der Telegraphengebühren nicht klar zu ersehen sei. Er sei nun der Ansicht, daß für die erste Zone der Telegraphengebühren der Wortlaut wieder herzustellen sei, denn gerade die erste Zone liefere seiner Uebersetzung nach den größten Theil der Einnahmen. Der Redner wünscht eine nähere Angabe der Einnahmen aus den einzelnen Zonen in den vergangenen Jahren und behält sich seine Anträge für die dritte Lesung des Etats vor, indem er es für notwendig erachtet, die Regelung der Telegraphengebühren auf gesetzlichem Wege herbeizuführen. Weiter richtet der Redner an den General-Postmeister die Bitte, für Baarenproben und Drucksachen, die unter Kreuzband nach dem Auslande versendet werden, eine Gleichmäßigkeit in den Postgebühren herbeizuführen, er wünsche ferner eine Belehrung darüber, ob bei Verendung von Drucksachen unter Kreuzband auch das Unterstreichen von Worten gestattet sei, oder nur das Anstreichen, da hierin bei den Postanstalten eine verschiedene Praxis befolgt werde, und endlich wünscht er die Herbeiführung einer Gleichmäßigkeit in der Annahme von Banknoten bei den Postanstalten.

Der General-Postmeister Dr. Stephan erwidert, daß der Beschluß des Reichstages hinsichtlich der Ermäßigung der Telegraphengebühren, wie alle Beschlässe des Hauses einer eingehenden Erwägung unterzogen worden sei, es sei aber durchaus notwendig, noch eine längere Beobachtung des Verkehrs eintreten zu lassen, bevor man zu einer so einschneidenden Maßregel, wie die Tarifänderung es ist, übergeht. Was sodann die Einnahmen aus dem Telegraphenverkehr anlangt, so hätten sich dieselben in neuerer Zeit erheblich vermehrt. So habe beispielsweise die Zahl der Depeschen in den Monaten Januar und Februar d. J. 1,288,996 betragen, während dieselbe sich in denselben Monaten des Vorjahres nur auf 1,265,851 und des Jahres 1875 auf 1,231,403 belief. Das Resultat sei daher als ein befriedigendes zu bezeichnen. Wenn der Redner sodann darauf aufmerksam gemacht habe, daß es zweckmäßiger wäre, die Telegraphengebühren im Wege des Gesetzes festzusetzen, so möchte er nur daran erinnern, daß dies nur im Wege einer Verfassungsänderung durchführbar sein würde. In Bezug auf den anderen Theil der Anfrage des Redners bemerkt der General-Postmeister, daß er im Postamts-Blatt eine Belehrung ergehen lassen werde.

Abg. Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode hat folgenden Antrag gestellt: „Im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit und zur Herstellung eines angemessenen Verhältnisses zwischen den Ausgaben und Einnahmen der Telegraphenverwaltung dahin wirken zu wollen, daß für die Befüllung der Depeschen in den Orts-Befehlbezirken eine entsprechende Gebühr erhoben werde.“

Abg. v. Behr-Schombold empfiehlt diesen Antrag und wendet sich sodann gegen den jetzigen Wortlaut. Er bezeichnet diesen Tarif als völlig irrational, er habe zur Folge gehabt, daß die Zahl der Depeschen der ersten Zone, die früher fast Zweidrittel des ganzen Verkehrs betragen habe, erheblich zurückgegangen sei.

General-Postmeister Dr. Stephan erwidert, daß man am besten thue, die Diskussion über diesen Gegenstand bis nach Abschluß der in Aussicht gestellten Ermittlungen zu verschieben. Thatsächlich unrichtig sei es aber, wenn der Redner behauptet habe, daß die Zahl der Depeschen der ersten Zone früher zwei Drittel des ganzen Verkehrs betragen habe; derselbe hätte nur ungefähr die Hälfte erreicht. Ueber den Antrag Stolberg werde er sich erklären, sobald der Antragsteller ihn begründet haben werde.

Abg. Berger: Man sehe hierzu, daß das Haus einen Fehler gemacht habe, als es den Antrag auf Ueberweisung dieses Etats an die Budgetkommission zur Vorberatung ablehnte. Er verhehe nicht, wie es möglich sein solle, hier im Plenum dieses Hauses einen Etat von solcher Bedeutung, der die wichtigsten Verkehrsinteressen des ganzen Reiches umfasse, mit einiger Ansicht auf Erfolg eingehend und

gründlich durchzuberathen. Wenn das Haus nicht glaube, den Etat an die Budgetkommission verweisen zu sollen, so wäre es doch rathsam gewesen, die Beratung durch die sogenannten Gruppen eintreten zu lassen. Er habe nur das Wort ergreifen, um darauf hinzuweisen, daß die Eisenbahnen verpflichtet sind, nicht bloß sämtliche Briefe, sondern auch Pakete bis zu dem Gewichte von 10 Kilo unentgeltlich zu befördern. Bei der Beratung dieser Bestimmung habe er den Antrag gestellt, diese Verpflichtung der Eisenbahnen auf Pakete bis zum Gewichte von 5 Kilo zu beschränken; dieser Antrag sei aber abgelehnt worden. Er wolle nun konstatiren, daß seit dieser Zeit eine Steigerung der Einnahmen der Postverwaltung um 4 1/2 Millionen Mark eingetreten sei, und zwar nicht in der sog. günstigen Konjunkturlage gerade in einer Zeit, wo der Handel und Wandel darniederliege. Für die ihnen auferlegten unentgeltlichen Leistungen aber konnten die Eisenbahnen sich nur entschädigen durch eine Erhöhung des Gütertarifs. Die Gründe, welche zu der bekannten Erhöhung des Tarifs um 20 Proc. geführt hätten, seien jetzt in Wegfall gekommen, und man hätte deshalb erwarten können, daß die so schwer auf Handel und Industrie lastende Erhöhung des Tarifs beseitigt werden würde, und der Abg. Dr. Gammacher habe auch im preussischen Abgeordnetenhaus einen dahingehenden Antrag gestellt. Die Vertreter der preussischen Regierung erklärten indessen, daß sie nicht in der Lage wären, auf diesen Antrag einzugehen, weil derselbe einen zu erheblichen Ausfall in den Einnahmen herbeiführen würde, und dabei wurde auch zugleich auf die bedeutenden unentgeltlichen Leistungen der Eisenbahnen für die Postverwaltung hingewiesen. Man habe also hier die Thatsache, daß die bedeutenden Ueberschüsse der Postverwaltung eigentlich aus der Erhöhung des Gütertarifs herrühren, und dies entspräche doch der Gerechtigkeit nicht. Hätte man seinem Antrage gemäß ein verständiges Maximum für die Leistungen der Eisenbahnen, vielleicht auf 5 Kilo festgesetzt, so würde Handel und Industrie sich nicht so zu beschweren haben wie dies heute geschieht.

Abg. Schmidt (Stettin) führt aus, daß die Postverwaltung den Eisenbahnen gegenüber sich auf durchaus legalem Boden bewege. Abg. Lieberich: Ich will heute an die von mir in der Sitzung vom 15. Dezember v. J. angeführten Thatsachen anknüpfen. Damals habe ich eine Reihe von Thatsachen angeführt, die auf das Briefgeheimniß ein trübes Licht zu werfen geeignet waren. Mein Antrag wegen Einsetzung einer Untersuchungskommission fand damals keine Unterstützung, vielmehr wurde erklärt, ich hätte keine Beweise beigebracht. Ich kann daher auch heute nur wiederholen, was ich schon früher behauptet habe, und ich kann konstatiren, daß das, was ich damals vorgebracht habe, bis jetzt nicht widerlegt worden ist. Der Versuch dazu ist allerdings von einigen offiziellen und offiziellen Zeitungen gemacht worden, aber in einer Weise, die nur darauf hinausgelaufen ist, das zu bekräftigen was ich gesagt habe. Neuerdings sind nun wieder verschiedene Fälle zur Sprache gekommen, die auf eine Verletzung des Briefgeheimnisses schließen lassen. So wird in der „Weserzeitung“ mitgetheilt, daß mehrere von hier aus nach Frankreich adressirte Briefe erbrochen dort angekommen sein sollen. Auch der „Drednowitz“ berichtet von dem räthselhaften Verschwinden von Briefen, die es fast zur Gewissheit machen, daß das Briefgeheimniß hier nicht gewahrt worden ist. Ebenso theilt die „Königsberger Hartung'sche Zeitung“ mit, daß der dortige Staatsanwalt wiederholt Briefe mit Beschlag belegt hat, die er ganz nach Belieben an den Adressaten ausliefern läßt. Kann denn da noch von der Bewahrung des Briefgeheimnisses die Rede sein, wenn dem Staatsanwalt freisteht, ohne jede Garantie jeden Brief in Empfang zu nehmen und ihn zu erbrechen? Das ist ein standesloser Zustand, unter abgeholfen werden muß, wenn es der Reichstag nicht unter seiner Würde hält, auf derartige Dinge einzugehen. Jedenfalls erhellt aus dieser Thatsache, daß es mit der Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses in Deutschland noch sehr traurig bestellt ist.

Abg. Wöring spricht für eine bessere Verbindung zwischen Hamburg und England. — General-Postmeister Dr. Stephan erkennt einen Uebelstand in dieser Beziehung an, ebenso daß es sich hier nicht um ein lokales Interesse, sondern um ein allgemeines Interesse handelt. Indes liege die Sache so, daß dem Chef der Postverwaltung eine Befugniß nicht zusteht, auf die Eisenbahnen dahin einzuwirken, daß sie einen neuen Zug einlegen. An Bemühungen werde es die Postverwaltung nicht fehlen lassen, doch sei mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Eisenbahnen ein Erfolg nicht zu erwarten.

Die Diskussion wird geschlossen und Titel 1 und 2 der Einnahme genehmigt. Zu Titel 3 (Gebühren für Befüllung von Postkisten am Orte der Postanstalten) rechtfertigt Graf Udo zu Stolberg seinen oben mitgetheilten Antrag unter Hinweis auf die große Ungleichheit, die in den Befüllgebühren zwischen Stadt und Land bestehe. Einen Ausgleich in dieser Beziehung herbeizuführen sei der Zweck seines Antrages.

Abg. Behr v. Schorlemer-Alst erklärt sich gegen den Antrag, denn diese Art von „ausgleichender Gerechtigkeit“ habe auf ihn einen geradezu komischen Eindruck gemacht. Für die ausgleichende Gerechtigkeit gebe es noch ganz andere Gebiete, z. B. den Fall Rantel. Zum Schluß spricht Redner noch den Wunsch aus, wenn möglich eine Ermäßigung des Land-Befüllgeldes herbeizuführen.

General-Postmeister Dr. Stephan: Ich stimme dem Redner darin bei, daß es erwünscht wäre, eine Ermäßigung der Gebühren herbeizuführen zu sehen; leider ist dies aber unter den obwaltenden Umständen schwer durchführbar, doch glaube ich, daß die Vermehrung der Telegraphenstationen in dieser Beziehung sehr wünschenswert wird. Was nun den Antrag betrifft, so möchte ich von vornherein bemerken, daß die Regierung demselben nicht zustimmen wird. Es



ist dies ja für die Verwaltung ein recht verlockendes Geschenk, aber doch auf Kosten eines Theils der Bewohner des Staats. Weil etwas der Landbewohner nicht haben können, deshalb auch den Bewohnern der Städte den Vortheil zu entziehen, das macht auf mich denselben Eindruck, wie es auf den Vorredner gemacht hat.

Abg. Richter (Hagen) bezeichnet das Prinzip, welches der Abg. Graf Stolberg in seinem Antrage aufgestellt habe, für durch und durch verderblich; es sei dies ein Prinzip des Kommunismus, viel schlimmer, als der Kommunismus der Socialdemokratie. Wohin solle man damit kommen, wenn man verlangte, daß auf dem Lande Alles eben so billig sein solle, als in den Städten. Die Städte würden nach diesem Prinzip verlangen können, daß ihnen auf Staatskosten das Holz eben so billig gegeben werde, wie den Landbewohnern. Mit solchen Prinzipien werde man selbst auf dem Lande bei den Wahlen keinen Erfolg haben.

Nach geschlossener Diskussion wird der Antrag des Grafen Stolberg mit großer Majorität abgelehnt.

Bei Titel 10 der Einnahmen (Absatz der Zeitungen), richtet Abg. Majunke die Anfrage an den General-Postmeister, weshalb noch immer in Elsaß-Lothringen eine große Anzahl deutscher politischer Zeitungen vom Betriebe ausgeschlossen sei, obwohl das Postgesetz vom 28. Oktober 1871 ohne Vorbehalt in Elsaß-Lothringen eingeführt ist. Die Frage sei bereits früher zur Sprache gebracht, damals habe man auf den Oberpräsidenten verwiesen, und als dieser hier anwesend, habe sich derselbe wiederum hinter den Reichskanzler verschüzt. Was speziell die „Germania“ anlangt, so könne er konstatieren, daß dieselbe auch nicht wegen einer einzigen Korrespondenz aus Elsaß-Lothringen unter Anklage gestellt worden, und dennoch sei ihr das Postdebit entzogen.

Abg. Schröder (Pippstadt) bezeichnet das Verfahren der Postverwaltung als eine flagrante Verfassungverletzung. Nach dem oben erwähnten Postgesetz dürfe keine politische Zeitung in Deutschland vom Postdebit ausgeschlossen werden. Wenn man das Verbot mit französischen Gesetzen aufrecht erhalten wolle, so mache man Frankreich für Elsaß-Lothringen zum Inland, Deutschland dagegen zum Ausland. (Oho!) Das sei ein Fall, wo der General-Postmeister für die Verfassung einzustehen habe, wo er sagen müßte: „Herr Oberpräsident, das darf ich nach der Verfassung nicht thun, schaffen Sie mir erst ein Gesetz; so lange das nicht geschieht, darf der Debit der Zeitung nicht entzogen werden.“ — Der Herr General-Postmeister werde doch sicher nicht Elsaß-Lothringen zum Auslande für uns machen wollen; es sei daher wohl angezeigt, daß sich derselbe über seine Stellung zu dieser Frage ganz präzis ausdrücke.

General-Postmeister Dr. Stephan: Es könne auf seine Meinung hierbei gar nicht ankommen. Die Antwort auf die Interpellation habe der Vorredner selbst gegeben. Die Postverwaltung habe ihre Verpflichtung erfüllt, indem sie die Bestellung auf die Zeitung annahm, aber die Verwaltung legte Beschlag darauf. Wir haben es nur mit dem französischen Postgesetz und mit der Verwaltung von Elsaß-Lothringen zu thun.

Nach einer kurzen Replik des Abg. Majunke bemerkt den Ausführungen des General-Postmeisters gegenüber Abg. Lasker, daß es für den Reichstag sehr erwünscht wäre, wenn diese Frage etwas mehr vom juristischen Standpunkt beantwortet würde. Er könne versichern, daß die Ausführungen des General-Postmeisters sehr viele Mitglieder in diesem Hause nicht befriedigt haben, denn die Reichsfrage sei nach wie vor unklar. Er betrachte die Regierung als eine einheitliche; wenn die Post daher sage, sie habe formell ihre Schuldigkeit gethan, aber die Verwaltung in Elsaß-Lothringen habe auf die Zeitungen Beschlag gelegt, so befriedige dies wohl Niemand. Er (Redner) wüßte aber, daß Fragen von so eminenter Wichtigkeit im Wege der Interpellation zur Sprache gebracht würden, damit die Verwaltung sich ordentlich vorbereiten und eine, der Bedeutung derselben entsprechende Antwort erteilen könne.

Die Abg. Majunke und Schröder (Pippstadt) erklären sich mit diesem Vorschlage einverstanden und behalten sich die weitere Befolgung der Angelegenheit vor.

Darauf wird die Diskussion geschlossen, sämtliche Positionen des Etats werden genehmigt und demnächst die Sitzung verlag.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. Tagesordnung: Schreiben des Reichskanzlers, Etat und Antrag des Abg. Schulze, betr. die Abänderung des Genossenschaftsgesetzes. Schluß 5 Uhr.

Berlin, 12. Apr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Zu den Mittheilungen über den Urlaub des Reichskanzlers ist noch zu bemerken, daß in der Cabinetsordre, welche den Urlaub bewilligt, derselbe ausdrücklich auf unbestimmte Zeit, vom 10. April beginnend, erteilt wird. In der Ordre, welche die Uebertragung der Geschäfte auf die drei Stellvertreter feststellt, wird hinzugefügt, daß der Kaiser sich vorbehalte, in hochwichtigen Fällen Rath und Ansicht des Fürsten Bismarck einzuholen. Es werden demnach die Chefs des Reichsdienstes und des preussischen Staatsdienstes angewiesen, in Fällen, in denen es auf Kenntniß der Auffassung des Fürsten Bismarck ankommen könne, an den Kaiser zu berichten. Man hat in diese Anordnung alle Fälle einbezogen, in denen es sich um eine Kontratsignatur nach Vorschrift der Reichsverfassung handelt.

Berlin, 12. Apr. Der „Völn. Ztg.“ wird von hier telegraphirt: Das Manifest des Kaisers Alexander soll bald, angeblich schon in den nächsten Tagen, zu erwarten sein. Nach glaubwürdigen Nachrichten, anscheinend aus russischen Kreisen, werde Rußland anderweitig erklären, es sei auch nach dem Erlaß jenes Manifestes zum Empfang der türkischen Spezialmission in Petersburg wegen der Abrüstung bereit, und zwar auch, wenn vorher nicht der Friede mit Montenegro abgeschlossen wäre, so daß Rußland diese Bedingung fallen lassen würde.

Auf eine vom Verein Berliner Künstler an Kaiser Wilhelm gerichtete Glückwunsch-Adresse ist folgende gemüthvolle Antwort ergangen:

Sehr angenehm davon berührt, in der großen theilnahmlosen Bewegung, zu welcher Mein diesjähriger Geburtstag Veranlassung geworden ist, auch dem frohstimmigen Zuruf des Vereins Berliner Künstler zu begegnen, habe Ich die Mir dargebrachte künstlerisch ausgestattete und poetisch gehaltene Adresse desselben mit Wohlgefallen entgegengenommen. Ich danke dem Verein für diese freundliche Spende, welche Ich weniger Meiner Person als der von Mir und Meiner Regierung emporgewobenen nationalen Sache gewidmet ansehe. Wohl wissend,

mit wie regem Schaffensdrange die deutsche Künstlerchaft und insbesondere die Künstlerchaft Berlins dem Aufschwunge des deutschen Vaterlandes gefolgt ist, lasse Ich Mich gern von dem Vertrauen befehlen, daß die weitere Entwicklung des nationalen Lebens zu den schönen Zielen des Friedens der deutschen Kunst je länger desto mehr Gelegenheit bieten wird, in freudiger Thätigkeit ihre Ideale zu verwirklichen.

Berlin, 7. April 1877. Wilhelm.

Der Kaiser wird am 30. April, Nachm. gegen 3 Uhr, in Straßburg eintreffen und am Bahnhof von dem Oberpräsidenten v. Mülller und dem Gouverneur v. Schlachtmeyer empfangen werden. Der Legtere führt augenblicklich das Kommando über das 15. Armee-corporps in Vertretung für den erkrankten kommandirenden General v. Fransecky. Der Aufenthalt des Kaisers in Straßburg wird voraussichtlich bis zum 3. Mai dauern; das Programm ist, wie man der „Völn. Ztg.“ schreibt, noch nicht festgestellt, jedoch wird außer einer größeren Truppeninspektion auf dem Polygone bei Neudorf eine Besichtigung der neuen Fortsanlagen vorgenommen werden. In den beiden Abenden soll eine Festvorstellung im Stadttheater, sowie ein Ballfest gehalten werden. Man sagt, der Kaiser werde auf seiner ganzen Reise vom Kronprinzen begleitet sein. Am Straßburger Stadthaus werden bereits Vorkehrungen zu einer großartigen Beleuchtung getroffen.

Das Programm für die Feierlichkeiten und die Veranstaltungen zur Zeit des für den 4. und 5. Mai in Aussicht genommenen kaiserlichen Besuches in Metz ist nach der „A. Z.“ mit folgendem Inhalt zur Genehmigung vorgelegt worden. Des Kaisers Ankniff von Straßburg über Hagenau, wo in Berücksichtigung des schon im vorigen Herbst durch den Bürgermeister des Monarchen unterbreiteten Wunsches ein kurzer Aufenthalt zu erwarten steht, soll am Nachm. des 3. Mai stattfinden. Man hofft bis dahin den Bau des neuen, großartig im Hallenstyl angelegten Bahnhofes in Metz so weit gefördert zu haben, daß die erste Begrüßung des Kaisers unter den weiten Glasdach-Hallen desselben stattfinden kann. Die deutsche Bevölkerung wird es daran nicht fehlen lassen, der allverehrten Majestät bei ihrer Einfahrt in die Stadt durch Triumphbögen und anderweitigen Schmuck ihre freudig bewegte Stimmung zu bezeugen. Das Quartier des Monarchen wird im Regierungsgebäude bereitet. Es befindet sich in demselben eine Reihe bereits würdig eingerichteter Kaiserzimmer. Nach der ersten Erholung dürfte dortselbst die Vorstellung der Zivilbehörden, der Generalität, sowie des gesamten preuß., bayr. und sächs. Offiziercorps stattfinden. Für den ersten Abend ist dann ein großartiger Pappenstreich, sowie ein Feuerwerk und die Beleuchtung der von den Kaisergermählern sichtbaren Kathedrale beabsichtigt. Am nächsten Tage soll auf dem großen Divisionsexerzierplatze bei Schloß Frescati, demselben, in welchem 1870 die Kapitulation abgeschlossen worden, die große Truppenparade stattfinden, wozu die gesamte Garnison ausrukt. Daran schließt sich wahrscheinlich eine Rundfahrt zur Besichtigung der auf dem rechten Ufer der Mosel gelegenen Forts Prinz August von Württemberg, Göben, Jastrow, Steinmetz und Mantuffel. Von der beherrschend gelegenen Höhe des letztgenannten Forts dürfte der Kaiser sich Vortrag über die Schlachten bei Noisseville und Colombey-Mouilly, deren Kampfesbilde man von dort aus gut zu übersehen vermag, halten lassen und darnach sein Quartier wieder aufsuchen, in dessen Sälen vielleicht dann eine Festsitzung stattfinden. Auch spricht man von einer Abendgesellschaft im Gouvernementsgebäude beim General v. Schwerin. Der zweite Tag soll der Besichtigung der links der Mosel gelegenen Forts, der Festung Friedrich Karl, der Forts Manstein, Alvensleben und Woippy gewidmet sein und sich daran ein Ausflug nach den dem Kaiser von seinen persönlichen Erlebnissen so wohlbekannten Gefilden von Saint-Privat, Gravelotte und Bionville schließen. Für den Abend wird im allgemeinen Militärcasino eine große Vereinigung aller Offiziere und Beamten, sowie zahlreicher Herren bürgerlichen Standes mit deren Damen vorbereitet, und man gibt sich der Hoffnung hin, Se. Majestät werde das Fest persönlich mit seiner Gegenwart beehren. Am folgenden Tage findet die Abreise nach Saardücken statt, dessen Bürgerchaft bei Kaiser Wilhelm durch ihre Haltung bei Beginn der Feindseligkeiten von 1870 noch in sehr gutem Andenken steht.

A. Berlin, 12. Apr. Ein Berliner Korrespondent der „Magdeburger Zeitung“ hatte diesem Blatte geschrieben: Die deutschkonservativen Abgeordneten halten sich überzeugt, Fürst Bismarck werde die Geschäfte des Reichskanzlers überhaupt nicht wieder übernehmen, und den Deutschkonservativen scheinbar gar viel daran gelegen zu sein, daß der Reichskanzler besetzt werde.“ Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte diese Äußerung abgedruckt und derselben hinzugefügt, daß diese Insinuation, welche Alles hinter sich lasse, was von hämischer Lüge und Anschwärzung bisher gegen die Deutschkonservativen geleistet worden, wohl eine Äußerung aus der Mitte der Fraktion selbst veranlassen werde. In Folge dessen ist dem Chefredakteur der „Nordd. Allg. Ztg.“ von dem Vorstände der Fraktion der Deutschkonservativen folgendes Schreiben heute zugegangen:

Berlin, 12. April 1877. Ew. Hochwohlgeboren haben in der heutigen Nummer der „Norddeutschen Allg. Zeitung“ auf eine Korrespondenz der „Magdeburger Zeitung“ aus Berlin aufmerksam gemacht, die sich mit der angebotenen Stellung und den Wünschen der deutschkonservativen Abgeordneten bezüglich der Beurlaubung des Hrn. Reichskanzlers beschäftigt. Wir können nur dankbar dafür sein, daß Sie diese Insinuationen bereits mit dem richtigen Namen bezeichnet haben. Unsererseits kann nur ein Bedauern ausgesprochen werden, wenn der Gesundheitszustand des Kanzlers dem Reiche die feste leitende Hand entziehen sollte, deren es jetzt nach innen wie nach außen dringend bedarf. Daß unsere Fraktion und ihre Stellung im Reichstage zu den Vorgesängen, die auf die Entschlüsse des Fürsten Bismarck etwa einen Einfluß geübt haben, in

absolut keiner Beziehung stehen, ist eben so gewiß, als daß von Seiten der Fraktion keinerlei Kundgebung und keinerlei autorisirte Äußerung in der Presse erfolgt ist, in welcher dem Gedanken Ausdruck gegeben wäre, daß uns der Rücktritt des Reichskanzlers erwünscht sei. Gerade für die Reform der Steuer- und Socialgesetzgebung, die wir erstreben, können wir dem Hrn. Reichskanzler nur die volle Kraft der Gesundheit wünschen. Die von ihm öffentlich ausgesprochenen Ansichten lassen es nicht zweifelhaft erscheinen, daß er für seine Pläne auf diesem Gebiete von unserer Seite des Hauses auf eine kräftigere Unterstützung rechnen kann, als von der Seite, deren Interessen bisher die „Magdeburger Zeitung“ vertreten hat.

Der Vorstand der Fraktion der Deutschkonservativen. Graf Kleist, v. Seydewitz, v. Helldorf, Adernann, Graf Kleff.

Die Behauptung, der Ordensmeister der großen Landesloge, Dachröben in Rom, sei um Katholizismus übergetreten, wird auf Grund eines Telegrammes Dachröben's aus Rom von dessen Stellvertreter im Logenname, Gaarg, für eine infame Lüge erklärt. (Wir haben bei Erwähnung dieser Nachricht auf die geringe Glaubwürdigkeit ihrer Quelle aufmerksam gemacht. D. R.)

Leipzig, 5. Apr. Die hiesigen Blätter bringen die Liste derjenigen Abgeordneten zur Zweiten Kammer, welche diesmal auscheiden (es findet hier Paritularerneuerung jedesmal zu 1/3 statt) und also neu gewählt, bezw. durch andere ersetzt werden müssen. Von allen drei Parteien in der Kammer scheiden die Führer aus: von den Konservativen Habermann (zuletzt Präsident der Kammer), vom Fortschritt Schaffrath (der frühere Präsident), von den Nationalliberalen Biedermann. (Nat. Ztg.)

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 12. Apr. Dem Vernehmen nach ist aus London die Anfrage hierher gelangt, ob nicht Oesterreich geneigt sei, seinen in St. Petersburg wie in Konstantinopel schwer wiegenden Einfluß mit einer leichten Anstrengung für die Erhaltung des Friedens aufzubieten. Die Antwort hat dahin gelaute, daß man sich keiner von der Gesamtheit der Mächte beliebigen nochmaligen Friedensaktion entziehen werde, daß man aber nicht gejonnen sei, zu einem neuen, wahrscheinlich fruchtlosen Versuch die isolirte Initiative zu ergreifen.

Frankreich.

Paris, 11. April. Die Verhandlungen über den Handelsvertrag nehmen, wie man hört, bis jetzt nicht gerade den allergünstigsten Fortgang. Es stellen sich manche Schwierigkeiten heraus, obgleich die wichtigsten Punkte, z. B. Baumwolle, Garne u. s. w. noch gar nicht berührt worden sind. Die Schützöllner, welche unter den französischen Delegirten nicht vertreten sind, haben ein anderes Mittel gefunden, ihren Einfluß geltend zu machen: auf ihr Betreiben hat der Handelsminister eine Kommission von fünf Männern ernannt, welche formell die Aufgabe hat, den Delegirten mit Rath und Nachweisungen an die Hand zu gehen, welche aber thatsächlich einen überwachenden Ausschuß bildet. Von den Fünfen sind vier Schützöllner, und Pouyer-Quertier steht an ihrer Spitze! Zu liberalen französischen Kreisen verläßt man es dem Handelsminister sehr, daß er in Abwesenheit seiner einflussreichsten Kollegen einen solchen Schritt ganz auf eigene Hand gethan; der „Economiste“ nennt denselben „einen leichtsinnigen Streich“. Die englischen Delegirten wünschen die Entscheidung über die wichtigsten Punkte ihres Handelsvertrags zu verschleppen, bis Simon und Say zurückgekehrt ihren freihändlerischen Einfluß in Bewegung setzen; sie sollen übrigens entschlossen sein, lieber die Verhandlungen abzubrechen, als den schützöllnerischen Bestrebungen wesentliche Zugeständnisse zu machen.

Paris, 12. Apr. Die „Republique“ française schreibt:

In Konstantinopel scheint man den Rathschlägen der Vorzeit kein williges Ohr geliehen zu haben und behält dem Vernehmen nach die unsinnige Politik des Widerstands und des Hochmuths im Schoße des Divans, wie daraus hervorgeht, daß das von den sechs großen Mächten in unbestreitbar verständlicher und friedlicher Absicht redigirte und unterzeichnete Protokoll die Zustimmung der osmanischen Regierung entschieden nicht erlangt hat. Wir konstatieren diese bedauerenswerthe Stimmung mit tiefer Betrübnis und aufrichtigem Schmerz; denn ein solches Gebahren der Türkei muß die schlimmsten Folgen, die furchtbarsten Verwundungen nicht für den Orient allein, sondern als Rückwirkung auch für ganz Europa herbeiführen. Der Sultan Abdal Hamid hatte bereits einen schweren Fehler begangen, indem er auf die Dienste des ausgezeichneten Staatsmanns verzichtete, welcher die Ehre und Unantastbarkeit seines Landes so treu verteidigt hatte; diesmal aber hat er sich zu einem noch viel größeren Fehler verleiten lassen, da er durch diesen unglückseligen Schritt sich selbst und der Sache der Türkei die Sympathien aller europäischen Staaten entfremdet. Die unablässigen Bemühungen, die regen Unterhandlungen, die gegenseitigen Zugeständnisse, mit einem Wort das ganze Werk der europäischen Diplomatie bleibt fruchtlos und vergeblich, weil die, welche die Türkei regieren, sich dem wilden Sturme, dem sie sich aussetzen, gewachsen wägen. Der orientalische Charakter, das asiatische Temperament machen ihren Einfluß geltend und die Erfordernisse einer Lage, die nicht leitlicher sein könnte, wird gänzlich verkannt von Männern, deren Philosophie sich auf einen abergläubischen Fanatismus beschränkt und für welche die Logik der Dinge, wie die gestitteten Bölder des Abendlands sie auffassen, gar nicht da ist. Die Minister des Sultans hätten jedoch, ehe sie eine so unheilvolle Entscheidung trafen, ehe sie der eben so hochfahrenden als unberechtigten Eigenliebe der Nachkommen der Soldaten Ruhames's II. und Soliman's Gehör schenkten, die gegenwärtige Lage des osmanischen Reichs zeitlich erwägen sollen. Wenn man allen seinen Verpflichtungen, den moralischen wie den finanziellen, untren geworden ist, darf man nicht den Anspruch erheben, als eine Macht behandelt zu werden, die nach den Grundgesetzen des modernen Rechts verwaltet wird und die Coupons ihrer Renten einlöst. Der Pforte lag die gebieterische Pflicht ob, für die rasche Wiederherstellung ihrer Finanzen und ihres Kredit zu sorgen; dies war nur möglich, wenn der Friede ihr gesichert war, und darum hatten sich alle bei dem Pariser Vertrage theilnehmenden Mächte eifrig bemüht, indem sie zugleich nichts versäumten, was die Ehre und Unabhängigkeit der türkischen Regierung gewährleisten konnte. Für diese Sorge weiß man ihnen keinen Dank







**Verloosungs-Anzeige.**  
R.145. Preussische  
**Hypotheken-Actien-Bank.**

Zu der laut § 22 unseres durch Allerhöchsten Erlass vom 18. Mai 1864 bestätigten, am 13. Okt. 1873 revidirten Statuts heute vorgenommenen Verloosung einziehender

**5% Pfandbriefe**  
waren die Directoren Spielhagen, Sanden anwesend und wurden durch den das Protocoll führenden Notar, Rechts-Anwalt Arndts, folgende Nummern ausgelost:

Lit. L. à 2000 Mark rückzahlbar mit 2200 Mark.  
No. 75. 123. 283.

Lit. M. à 1000 Mark rückzahlbar mit 1100 Mark.  
No. 13. 186. 188. 261. 514. 547.

Lit. N. à 500 Mark rückzahlbar mit 550 Mark.  
No. 40. 194. 304. 360. 504. 611. 649. 790. 904. 908.

Lit. O. à 300 Mark rückzahlbar mit 330 Mark.  
No. 70034. 70036. 70038. 70039. 70040. 70217. 70530. 70578. 70643. 70673. 70742. 70758. 70920. 71056. 71086. 71100. 71197. 71401. 71449. 71474.

Lit. P. à 200 Mark rückzahlbar mit 220 Mark.  
No. 234. 248. 266. 623. 663. 681. 927. 960. 992. 1077.

Diese ausgelosten Stücke werden von jetzt ab ausbezahlt.

Berlin, den 7. April 1877.  
**Die Haupt-Direktion.**  
Spielhagen.

Ich übernehme die kostenfreie Einlösung sowohl der bei mir gekauften, als auch der anderen ausgelosten Stücke und halte besagte Pfandbriefe als solide Kapitalanlage bestens empfohlen.

Karlsruhe, den 13. April 1877.  
**Veit L. Homburger.**

R.131.1. Mannheim.  
**Befanntmachung.**

Für die hiesige Volksschule soll eine weitere, zum Unterrichten in der Schallensfeld'schen Methode befähigte Lehrerin sofort angestellt werden. Gehalt jährlich 1050.

Bewerbungen mit Befähigungsnachweis wollen binnen 8 Tagen bei unterfertigter Stelle eingereicht werden.  
Mannheim, den 10. April 1877.  
Stadtrat.  
R o l l.

R.117.1. Es dürfte für Jeden, namentlich aber für Kranke, welche in Zweifel darüber sind, was sie zur Beseitigung ihrer Leiden thun sollen, nicht uninteressant sein zu erfahren, daß in dem Büchlein:

**Offener Brief an Dr. Bruinsma**  
die in dem vielfach angezeigten Buche: „Dr. Bruinsma's Naturheillehre“ abgedruckten Anekdoten näher besprochen werden. — Wer sich davon überzeugen will, was Wahres an den Anekdoten ist, der lasse sich von Richter's Verlags-Anstalt in Leipzig obigen Brief kommen, welche denselben auf Francoverlangen gratis und franco versendet.

R.108.2. Nr. 461. Schwarzbach.  
**Offene Arztstelle.**

Die Gemeinde Schwarzbach, Amts Bühl, sucht einen in der Gesamtheitkunde lizenzierten Arzt.  
Die Gemeinde gewährt jährliches Gehalt.

Apotheker ist im Ort.  
Näheres bei dem Bürgermeisteramt.  
Schwarzbach, den 9. April 1877.  
Seiler, Bürgermeister.

Dr. Werner's Wegweiser zur Hilfe für alle Kranke ist ein in allen Gegenden Deutschlands rühmlichst bekanntes Buch, welches durch jede Buchhandlung für nur 60 s zu beziehen ist.

800 Adressen von Personen, denen, nachdem sie vielerlei Mittel nutzlos angewendet hatten, das Dr. Werner'sche Heilverfahren Gesundheit und Wohlfinden verschaffte, sind dem Buche beigegeben. Da unser Buch vielfach nachgeahmt wurde, verlange man nur, um sich vor Fälschung und Geldverlust zu hüten, die in (H36000)

G. Bände's Buchhandlung in Leipzig erschienene Original-Ausgabe. J.768.8.

**Für Reisende und Agenten.**

R.150.1. Eine der ältesten und bestrenommirtesten Reisehandlungen der Schweiz wünscht den provisorischen Verkauf ihres Artikels einem Reisenden zu übertragen, der regelmäßig das Großherzogthum Baden besucht.

Offerten mit Referenzen befordert unter Chiffre H10784 die Annoncen-Expedition von Haasenstein & Vogler in Basel.

**Neue topographische Karte**

des  
**Großherzogthums Baden**

bearbeitet

von  
**Großh. topographischem Bureau.**

Maßstab: 1:25,000.

Das erste Blatt (77, Oberkirch) ist soeben erschienen.

**Subscriptionspreis:**

- Bei Abnahme des ganzen Kartenwerks:  
Für das volle und für das über drei Viertel der Fläche ausgefüllte Blatt . . . 2 M. 40 s  
Für das bis zu drei Viertel der Fläche ausgefüllte Blatt . . . 1 " 50 "
  - Bei Abnahme von neun oder mehr verschiedenen Blättern:  
Für das volle und für das über drei Viertel der Fläche ausgefüllte Blatt . . . 3 " 20 "  
Für das bis zu drei Viertel der Fläche ausgefüllte Blatt . . . 2 " — "
- Ladenpreis:**  
Für das volle und für das über drei Viertel der Fläche ausgefüllte Blatt . . . 4 M. — s  
Für das bis zu drei Viertel der Fläche ausgefüllte Blatt . . . 2 " 50 "

Subscriptionen und Bestellungen werden angenommen außer bei der Unterzeichneten bei nachfolgenden

Niederlagen:

- in Achern bei Herrn Eisele, Buchbinder;
- Baden bei Herrn D. R. Marx, Hofbuchhandlung;
- Alt Breisach bei Herrn C. Späth, Schreibmaterialienhdlg.;
- Bretten bei Herrn Seig, Buchbinder;
- Bruchsal bei Herrn Ernst Kapff, Buchhandlung;
- Donauschingen bei Herrn C. Binne, Hofbuchhandlung;
- Durlach bei Herrn E. Scholl, Hofbuchbinder;
- Eberbach bei Herrn G. Kall, Buchbinder;
- Emmendingen bei Herrn A. Dölter's Buchhandlung;
- Eppingen bei Herrn S. Reppner, Buchbinder;
- Freiburg bei Herrn R. Neid, Buchbinder;
- Freiburg bei der 1861. Literarischen Anstalt;
- Freiburg bei Herrn Ernst Mohr's Buchhandlung;
- Konstanz bei Herrn W. Red, Buchhandlung;
- Lahr bei Herrn J. S. Geiger, Buchhandlung;
- Leinach bei Herrn C. R. Gutsch, Buchhandlung;
- Mannheim bei Herrn J. Hermann's Buchhandlung;
- Mühlheim bei Herrn Schmidt, Buchhandlung;
- Neustadt i. B. bei Herrn J. Ketterer, Buchhandlung;

- in Oberkirch bei Herrn Karl Walz, Buchbinder;
- Offenburg bei Herrn Trube, Buchhandlung;
- Pforzheim bei Herrn Otto Kiefer's Buchhandlung;
- Pfundsberg bei Herrn Alfred Ränder, Buchhandlung;
- Rastatt bei Herrn Wilh. Janemann, Buchhandlung;
- Schopfheim bei Herrn Georg Neuhilf, Buchhandlung;
- Schwetzingen bei Herrn C. Schwab, Buchhandlung;
- Sindheim a. G. bei Herrn G. Münzesheimer, Buchhdl.;
- Staufen bei Herrn F. R. Reinhardt, Buchbinder;
- Stoosch bei Herrn Besche, Buchbinder;
- Taubertschosheim bei Herrn J. Lang's Buchhandl.;
- Triebberg bei Herrn Schöndenerger, Buchhandlung;
- Ueberlingen bei Herrn J. Gaa, Buchhandlung;
- Ullingen bei Herrn Gölcher, Buchhandlung;
- Waldshut bei Herrn Aug. Reichling, Buchhandlung;
- Waldshut bei Herrn G. Zimmermann, Buchhandlung;
- Weinheim bei Herrn F. Adermann, Buchhandlung;
- Wertheim bei Herrn Ellinger'sche Buchhandlung;
- Wolsch bei Herrn Aug. Sandfuchs, Buchhandlung. R.153.1.

**G. Braun'sche Hofbuchhandlung in Karlsruhe.**

**Polytechnischer Verein zu Karlsruhe.**

R.73.3. Die Mitglieder des Polytechnischen Vereins werden eruchtet, sich möglichst mit Beginn des Semesters einzufinden zu wollen.  
Die Generalversammlung findet am Freitag den 20. April statt.

Der Ausschuss.

Ausgabe für Baden.

**Volksschul-Atlas, Dr. R. Andree's,**  
in 34 Karten. Ausgeführt in der Geographischen Anstalt von Velhagen & Klasing in Leipzig.  
Preis 1 M. Zum Schulwechsel empfohlen. Preis 1 M.

Ausgabe für Baden mit Specialkarte.

Verordnung des Grossherzoglichen Oberschulraths v. 9. Juni 1876. „In das Verzeichniss empfehlenswerther Lehrmittel ist aufzunehmen: Dr. Richard Andree's Volksschul-Atlas in 34 Karten. Preis 1 Mark.“  
Wir übersenden gern jedem Herrn Lehrer, der den Atlas einzuführen beabsichtigt, ein Exemplar gratis und franco. R.112.3.

**Für Bruch- und Kropfleidende.**

R.147.1. Beseitigen Wunden nachkommen, zeige ich an, daß ich vom Freitag den 13. an, bis incl. Mittwoch den 18. d. M., täglich von 10 bis 3 Uhr, im Hotel Engl Hof in Karlsruhe zu sprechen bin. Für sichere Heilung leiste ich stets Garantie. Amtliche Zeugnisse liegen auf. Geringermittelten Begünstigung.  
Martin Opel aus München.

**Internationale Ausstellung für Industrie und Kunstgewerbe.**

Eröffnung **Rotterdam** 16. Septbr.  
1. Juli  
Anmeldungen bis 1. Juni an das Bureau Berlin, N., Adersstraße 14/15. R.63.2.

**Stelle = Gesuch.**

R.144.1. Ein junger kräftiger Mann, im Alter von 32 Jahren, der den Feldzug 1866 und den Krieg 1870 und 71 mitgemacht hat, sucht eine Stelle als Postbote, Briefträger, Diener bei einer Konsole, oder auch in einer Delonomie, da er gut mit Pferden umzugehen weiß. Gewissenhaftigkeit wird zugesichert. Näheres zu adressiren an Fridolin Denz, bei Stanislaus Denz in Aha. Gemeinde Schluchsee.

**Lehrlingsgesuch.**

R.120.1. Freiburg i. Baden. Ein junger Mann mit der nöthigen Vorbildung kann als Lehrling in mein Geschäft eintreten.  
Freiburg i. Baden.  
H. Dorn, Adlerapotheke.

**Gesuch.**

R.91.2. Ein tüchtiger junger Mann, der Baden, Württemberg und Bayern bereist hat, wird für eine Weinhandlung zu engagiren gesucht. Vorzug erhalten solche, welche in dieser Branche mit Erfolg gearbeitet haben. Offerten richten an S. M. 100. an die Expedition dieses Blattes.

R.243.6. Die anerkannt erfolgreiche Anwendung eines, unter Benützung langjähriger Erfahrungen und der erprobtesten Arzneistoffe, bereiteten Magenbitters bei neuem und älteren Störungen der Verdauungsorgane und deren Folgen, sichert diesen reinen und köstlichen Magenbittertinktur den Werth eines recht schätzbaren Hausmittels, dessen sich Kranke, Gesunde und Kranke mit Vertrauen bedienen.  
Niederlage in 1/2, 1/2 und 1/4 Flaschen bei Herren Th. Brugler in Karlsruhe und Apotheker K. Stigler in Offenbach.

**Ein Geometer-Gehilfe**

sucht Stellung bei einem Kataster-Geometer. Offerten vermittelt die Expedition dieses Blattes. R.138.

R.149. Ein junger Mann, der deutschen, französischen und englischen Sprache vollkommen mächtig, sowie mit allen Bureauarbeiten vertraut, sucht unter bescheidenen Ansprüchen eine Stelle als Reisender oder Commis. Schriftliche frankirte Offerten sub Chiffre H1091Q befordert die Annoncen-Exp. v. Haasenstein & Vogler in Basel.

**Reeller Nebenwerb.**

Vorteilhaften Verdienst und gute Provision gewährt ein überall gangbares respectables Geschäft, für welches an allen Orten Agenturen errichtet werden sollen. Es bedarf dazu keiner besonderen kaufmännischen Kenntnisse und ist auch für Jeden als Nebengeschäft leicht zu führen. Reflectanten belieben ihre Adresse unter F. L. postlagernd Hamburg einzusenden.

R.155. (Pferdeverkauf.) Eine schwarze Stute, 3jährig, sehr frei, militärfähig geritten, für mittleres Gewicht, ist zu verkaufen. Näheres tagher, Kronenstraße 51.

**Zu verkaufen.**

R.81.2. Bruchsal. Baronet, brauner Wallach von Starnedo aus der Melabe von Neumünster aus der Ostmannia, England. Start Book, V. XI. P. 4. 1866 geboren. Zu erfragen bei Wachtmeister Mejer in Bruchsal.

**Bäckerei-Verpachtung.**

Eine gangbare Bäckerei ist sogleich zu vermieten. Näheres bei M. H. I., Conventstraße Nr. 43 in Freiburg. R.152.1.

**Droschken-Verkauf.**

R.939.3. Freiburg i. B. Es sind mehrere neue, solid gebaute Droschken u. Einspänner-Chaisen um billige, festgesetzte Preise zu verkaufen. Vorzug bis Johanni gegen gute Bürgschaft.  
Bernhard Rinderle, Wagenbauer.

**Hausverkauf in Achern.**

R.139.1. Wegen Wegzuges verkaufe ich aus freier Hand mein an der Hauptstraße frei gelegenes, gesundes und geräumiges zweistöckiges Wohnhaus. Dasselbe enthält in jedem Stock fünf Zimmer mit Küche, zwei große Kellern, zwei Zimmer

und eine Mansarde — also 13 Wohnräume — Speicher nebst 4 wasserfreien Balkenstellern. Dazu gehört ein geräumiger Hof mit Backstube und Holzremise; sowie ein hübsch angelegter Garten mit prachtvoller Aussicht und einem Glashaufe.  
Achern, den 12. April 1877.  
H. Helbling, Arg.

**Rollschubbahnen (Skating rinks).**

Ein mit der Ausführung und dem Betrieb vertrauter Ingenieur gibt Gesellschaften, oder sich dafür interessirenden Privatien die nöthige Anleitung, fertigt Plätze oder übernimmt event. die Ausführung. R.31.2.

Offerten sub Chiffre Z 3175 befordert die Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse in Frankfurt a. M.

**Eichenrinden-Versteigerung.**

R.151.1. Gengenbach. Am Donnerstag den 19. d. M., Nachmittags 3 Uhr, läßt die hiesige Gemeinde auf dem Rathshaus dabei ca. 300 Zentner Eichenrinde erster und zweiter Qualität an die Meistbietenden öffentlich versteigern. Waldmeister Förger und Waldhüter Moser zeigen die Rinden auf Verlangen vor.  
Gengenbach, den 11. April 1877.  
Der Gemeinderath.  
Wetterer.

**Rindsafel-Versteigerung.**

R.134. Durmersheim. Die Gemeinde Durmersheim läßt bis Dienstag 17. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr, in ihrem Gemeindefestsaal einen fetten Rindsafel öffentlich versteigern. Liebhaber werden hiezu eingeladen.  
Durmersheim, den 11. April 1877.  
Bürgermeister  
H. d.  
vdt Schlager, Rathshdr.

**Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**

R.130.1. Karlsruhe. Vorbestelllich höherer Genehmigung vergeblich die Lieferung von 1300 Kubikmeter gemischte Holzbohlen franko Hauptmagazin hier.  
Lieferungsfähige werden hierzu mit dem Gemeinen eingeladen, daß ihre Offerte mit passender Aufschrift versehen, bis Samstag den 21. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, bei der unterzeichneten Stelle, woselbst auch die Lieferungsbedingungen eingesehen werden können, eingereicht sind.  
Karlsruhe, den 12. April 1877.  
Großh. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.

**Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**

R.141.1. Karlsruhe. Montag den 23. und Dienstag den 24. d. Mts. werden wir die im I. Quartal 1876 zur Einlieferung gelangten herrenlofen Reiseflecken und Frachtgüter, für welche eine Rückforderung nicht festgefunden hat, nebst einer Partie abgängiger Gerathschaften, in den Räumen die Hauptmagazin, Bahnhofstraße Nr. 5, jeweils Vormittags 8 1/2 Uhr und Nachmittags 2 Uhr beginnend, gegen Barzahlung öffentlich versteigern.  
Karlsruhe, den 12. April 1877.  
Großh. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.

**Antedienerstelle.**

R.156. Karlsruhe. Die Antedienerstelle bei Großh. Bezirksamt Mosbach soll neu besetzt werden. Das damit verbundene Einkommen besteht in einem jährlichen Gehalt von 1050 M., in einem Monturcoerstum von jährlich 80 M., und in dem geordneten Wohnungsgeldzuschuß der Viten Dienstklasse.  
Die Bewerber haben ihre Gesuche unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse innerhalb 3 Wochen bei diesseitigem Ministerium einzureichen.  
Karlsruhe, den 12. April 1877.  
Ministerium des Innern.  
Stäffler.

**Erledigte Stelle.**

R.86.2. Nr. 1544. Handegg. Bei dem diesseitigen Hauptsteueramt ist die zweite Steuergehilfsstelle mit einem Gehalt von 1050 M. in Erledigung gekommen und auf den 19. Juni d. J. wieder zu besetzen.  
Mit den Steuergehilfen vertraute Bewerber wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse bei uns melden.  
Handegg, den 7. April 1877.  
Großh. Hauptsteueramt.  
Reumann.

**Erledigte Stelle.**

R.104. Wenn es sich entschieden um Wohl oder Weh eines gequälten Menschenlebens handelt, ja um dessen Erlösung selbst, wird es da nicht auch zur Pflicht, durch tröstende Gewissheit Kraft, Ruhe zu verhelfen?  
Mit einer Beilage.)